

Pressemitteilung

Links-Koalition lehnt Anpassung des Erfrischungsgelds für Wahlhelfer in den Briefwahlbezirken ab

CDU-Stadtfraktion zeigt sich über die Ablehnung überrascht.

GIESSEN. Zur dritten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und des vorangehenden Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschusses beantragte die CDU-Fraktion der Stadt Gießen, dass die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen beschließen möge, den Magistrat zu bitten, das sog. Erfrischungsgeld für Wahlhelferinnen und Wahlhelfer in den Briefwahlbezirken anzupassen.

Diesen Antrag hat die Stadtverordnetenversammlung und insbesondere die neue Links-Koalition nun abgelehnt, was die CDU-Antrag sehr überrascht. „Es ist offensichtlich, dass die Anzahl der Briefwähler bei den letzten Wahlgängen kontinuierlich anstieg und die Zahl der abgegebenen Stimmen in den einzelnen Wahlbezirken um ein Mehrfaches überstieg. Dementsprechend war und ist der Zeitaufwand für die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer, die die Stimmen in den Briefwahlbezirken auszählen, ein wesentlich größerer als der derjenigen, die ihren Dienst in den Wahlbezirken rings in Gießen tun“, begründete Christine G. Wagener den Antrag.

Zur Übernahme des Ehrenamtes als Wahlhelfer ist zwar grundsätzlich jeder Wahlberechtigte verpflichtet. Auch wenn das Erfrischungsgeld nur ein symbolisches Dankeschön der Kommune darstellt, sollte es nach Ansicht der CDU-Fraktion doch zumindest annäherungsweise dem geleisteten unterschiedlichen Aufwand entsprechen. Dies sieht die Links-Koalition offenbar nicht so und entlarvt sich insofern selbst, wenn sie von einem neuen „politischen Stil“ spricht.

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung